

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die Delegierten des SPD-Bundesparteitages in Karlsruhe, auch unsere Bergsträßer Delegierten Norbert Schmitt und Kathrin Hechler, haben es entschieden: wir werden mit der Union auf Bundesebene eine Große Koalition eingehen.

Manch einer wird überrascht gewesen sein, wie eindeutig das Votum des Parteitags ausgefallen ist. Das heißt aber nicht, dass sich irgendjemand diese Entscheidung leicht gemacht hat. Das Gegenteil ist richtig.

Jede und jeder Delegierte hat sich in den letzten Wochen sehr intensiv Gedanken darüber gemacht, ob man den sich abzeichnenden Koalitionsvertrag mittragen kann. Die Delegierten sind offensichtlich in ihrer überwältigenden Mehrheit zu dem Schluss gekommen, dass wir in den Verhandlungen ein akzeptables Ergebnis erreichen konnten und es keine wirkliche Alternative zu einer solchen Koalition gibt.

Zu dem Zeitpunkt, als Gerhard Schröder nach der NRW-Wahl Neuwahlen angekündigt hat, wurde die SPD von Kaffeesatzlesern bei Umfragewerten von ca. 23 % gesehen. Wir haben uns wieder hoch gekämpft. Obwohl wir abgeschrieben und niedergeschrieben wurden, haben wir ein Wahlergebnis erreicht, das uns kaum jemand zugetraut hat. Gleichzeitig hat die Union ein miserables Wahlergebnis eingefahren. So konnten wir zwar unser erstes Wahlziel, die Fortsetzung der Rot-Grünen Koalition, nicht erreichen, eine schwarz-gelbe Mehrheit wurde aber verhindert.

Im 16. Deutschen Bundestag gibt es eine deutliche Mehrheit gegen die neoliberale Politik von Merz und Westerwelle. Dennoch kann diese Mehrheit nicht parlamentarisch genutzt werden. Nicht nur, weil wir uns frühzeitig festgelegt haben, nach dieser Wahl nicht mit der Fraktion der Linkspartei zusammen zu arbeiten, sondern auch, weil diese neue Fraktion auch noch nicht wirklich politisch handlungsfähig ist.

Die FDP hat sich allen anderen Konstellationen von Anfang an verweigert. Auch alle Optionen von Minderheitsregierungen sind verworfen worden. So bleibt nur die Zusammenarbeit der SPD mit der CDU und der CSU. Dies ist eine enorm schwierige Konstellation, doch wir haben eine Verantwortung gegenüber den Wählerinnen und Wählern, den Menschen in unserem Land.

Die Koalitionsverhandlungen sind von beiden Seiten hart geführt worden. Wir haben es uns gegenseitig nicht einfach gemacht.

Wir haben nicht alles erreicht, was im SPD Manifest stand. Aber wir haben erreicht, dass die Tarifautonomie gesichert wird und es zu keiner generellen Besteuerung von Sohn-, Feiertags- und Nachtzuschlägen kommt. Wir haben erreicht, dass dem Elterngeld der Weg gebahnt wird. Wir haben erreicht, dass es eine Sondersteuer für Spitzenverdiener gibt. Wir haben längere Laufzeiten für Atomkraftwerke abgewendet. Es bleibt beim vereinbarten Ausstieg! Das sind alles keine Kleinigkeiten. Das ist eine ganze Menge sozialdemokratischen Gedankenguts.

Aber vor allem haben wir uns mit der Position durchsetzen können, dass wir einen starken Staat brauchen, der handlungsfähig ist und der durch weitere Steuersenkungen gerade nicht geschwächt werden darf. Wir müssen die Finanzen des Staates in Ordnung haben. Mit Staat ist hier nicht nur der Bund gemeint. Das sind immer Bund, Länder und Gemeinden.

Außerdem brauchen wir Wachstum, weil wir letztlich die Finanzprobleme nicht alleine durch Sparen, sondern wenn wir wieder mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und Wachstum in diesem Land haben.

Dafür brauchen wir einen Finanz- und Wachstumspakt und deshalb gibt es im Jahre 2006 Wachstumsimpulse: Haushaltsnahe Dienstleistungen, Handwerkerrechnungen für Instandhaltung und Modernisierung der Wohnung, im Haus, auf dem Grundstück. Das sind Maßnahmen, die im SPD-Programm stehen, über die in den vergangenen Wochen und Monaten oft gesprochen wurde. Das sind Maßnahmen, für kleine und mittlere Unternehmen, für das Handwerk vor Ort gut sind.

Auch die energetische Gebäudesanierung wurde deutlich aufgestockt; sie wurde für die nächsten zwei, drei Jahre mit hoher Attraktivität ausgestattet. Es gibt 25 Milliarden Euro insgesamt im Laufe dieser Legislaturperiode für solche konkreten Maßnahmen. Das ist ein Zeichen, das im Jahre 2006 Schwung bringen soll.

Im Jahre 2007 steht die Erhöhung der Mehrwertsteuer an. Das war kein leichter Schritt für die SPD. Die 7 Prozent, der so genannte halbe Mehrwertsteuersatz, bleibt. Der andere steigt von 16 auf 19 Prozent. Bei den besonderen Dingen des täglichen Lebens, auch bei Druckerzeugnissen und in anderen Bereichen, bleibt es unverändert bei 7 Prozent. Von dieser Mehrwertsteuer werden 2 Prozentpunkte zwischen Bund, Ländern und Kommunen geteilt. 1 Prozentpunkt wird für die Absenkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 % auf 4,5 % verwandt.

Ich möchte aber nicht verhehlen, dass ich diese Mehrwertsteuererhöhung dennoch für falsch halte, da sie sich gerade auf die Binnennachfrage negativ auswirken wird. An dieser Stelle konnte die SPD aber der Union nichts abhandeln. Die Union hat auf der Erhöhung der Mehrwertsteuer bestanden. Ohne sie wäre keine Einigung zustande gekommen.

In Bezug auf die Altersversorgung und die Rentnerinnen und Rentner hatten wir schwere Entscheidungen zu treffen. Wir haben versprochen, dass wir die Renten in dieser Legislaturperiode nicht kürzen. Nach unserem geltenden Rentenrecht hätten wir die Renten in diesem Jahr und auch im nächsten Jahr nämlich um 2 Milliarden Euro senken müssen. Wir tun das nicht. Wir werden die Rentner auch nicht dadurch belasten, dass sie zusätzliche Anteile für die Krankenversicherung bezahlen müssen. Wir können in dieser Legislaturperiode aber auch nicht für eine Rentenerhöhung sorgen.

Weil das so ist und weil wir damit im Bewusstsein der Generationengerechtigkeit umgehen müssen - die Jungen müssen es ja bezahlen - haben wir gesagt: Wir werden mit dafür stimmen, dass wir im Jahre 2007 ein Gesetz erlassen, wonach es ab 2012 möglich sein wird, das Renteneintrittsalter in den entsprechenden Schritten bis zum Jahre 2035 auf 67 Jahre zu erhöhen. Das bedeutet nicht, dass jeder bis 67 Jahre arbeiten muss. Aber das bedeutet, dass derjenige, der dann mit 65 Jahren in Rente geht, einen Abschlag von seiner Rente hat, bis er mit 67 Jahren die volle Rente erhält.

Wir haben das sozial eingegrenzt, indem wir gesagt haben: Wer 45 Lebensarbeitsjahre erreicht hat, der wird seine volle Rente auch in Zukunft ohne Abschlag mit 65 Jahren bekommen können. Wir haben uns mit den 67 Jahren nur unter der Bedingung einverstanden erklärt, dass in der Zeit zuvor in einer großen Anstrengung versucht wird, zusätzliche Impulse für die Beschäftigung Älterer zu geben.

Wir haben einen Prüfauftrag für das Schonvermögen bei den ALG-2-Empfängern zugesagt. Das ist noch nicht differenziert. Wir wollen aber insbesondere an der Stelle, an der es um die Älteren geht, prüfen, was man tun kann. Wir haben auch bittere Zugeständnisse gemacht. Die Zahldauer des Arbeitslosengeldes wird nicht verlängert. Rot-Grün hatte dazu im Sommer 2005 im Bundestag ein Gesetz beschlossen, wonach die Zahldauer des Arbeitslosengeldes nicht nur bis zum 31. Januar des kommenden Jahres, sondern bis zum 31. Januar 2008 fortgeschrieben werden sollte. Dieses Gesetz ist im Bundesrat an der Union gescheitert. Wir haben uns hier nicht mit den Partnern verständigen können. Die wollten ein anderes System, welches besonders zulasten der Jungen gegangen wäre.

Deshalb haben wir uns zum Schluss nicht verständigen können. Es wird also bis zum 31. Januar 2006 laufen. Danach gilt die Neuregelung mit 12 Monaten bzw. mit 18 Monaten für die Älteren über 55-Jahre.

Es wurde zugestanden, dass aus der zweijährigen befristeten Einstellung eine zweijährige „Wartezeit“ wird. Die Probezeit bleibt wie bisher bei 6 Monaten. Es kann bei der Einstellung aber vereinbart werden, dass eine Probezeit von bis zu 24 Monaten besteht. Die Unternehmen werden das wissen und ich will das nicht schön malen. Ich sage nur: Die, die wegen ihrer Qualifikation von den Unternehmen gewollt werden, die werden auch die Chance haben, mit einer 6-monatigen Probezeit eingestellt zu werden. Für die anderen wird es schwieriger. Wir wissen das. Eine befristete Beschäftigung von zwei Jahren gab es aber auch bisher schon. Die Union wollte weitergehende Einschnitte beim Kündigungsschutz. Das war mit Sozialdemokraten nicht zu machen.

Wir haben auch zugestanden, dass es bei der Pendlerpauschale eine Veränderung im Hinblick auf die kurzen Strecken gibt. Die ersten 20 Kilometer werden nicht mehr durch die Pendlerpauschale erfasst.

In einigen Bereichen haben wir beschlossen, erst im Jahre 2006 wichtige Entscheidungen zu treffen. Dazu gehört die Gesundheitspolitik. Das SPD-Konzept der Bürgerversicherung und die Kopfpauschale von CDU/CSU sind nicht vereinbar. Daraus kann man auf die Schnelle keinen tragfähigen Kompromiss schaffen. Wir werden eine vernünftige Lösung finden müssen, die den Bestand des solidarischen Gesundheitssystems auch in Zukunft garantiert.

In Verbindung damit werden dann auch die Fragen im Hinblick auf die Pflegeversicherung zu beantworten sein. Sie werden erst dann beantwortet, wenn die Dinge im Gesundheitswesen stehen, weil das gewissermaßen eine Folge ist, die sich daraus ergibt. Ich glaube, dass man bei der Pflegeversicherung sehr schnell zu vernünftigen Lösungen kommen könnte. Man muss sich anschauen, dass die gesetzliche und die private Pflegeversicherung nebeneinander stehen und bei sehr unterschiedlichen Bedingungen zu sehr gleichen Leistungen kommen. Das ist völlig ungerecht. Man könnte sagen, dass aus dem privaten Bereich ein Solidarausgleich in die gesetzliche Pflegeversicherung fließen muss. Dann ist die Frage erledigt.

Das zweite große Kapitel, um das es Anfang nächsten Jahres geht, ist der Niedriglohnbereich. Es gibt dort sehr viele Ansätze unterschiedlichster Art. Wir müssen uns darüber klar werden, ob wir das so, wie es ist, hinnehmen wollen. Ja oder Nein? Die Sozialdemokraten sagen: Nein. Es ist verheerend für das Lebensgefühl in diesem Lande insgesamt, dass der verbreitete Eindruck besteht, dass oben der Deckel drauf und der freie Fall nach unten eröffnet ist. Dagegen muss etwas getan werden. Die Menschen müssen wieder Sicherheit haben. Das gilt sowohl für die Sozialsysteme, als auch bei den Löhnen. Wer ordentlich und den ganzen Monat arbeitet, der muss sich und seine Familie davon ernähren können. Die Niedriglohnstrategie ist für Deutschland falsch. Wir sind und bleiben Hochlohnland und wir müssen auch Hochleistungsland bleiben.

Wir werden aber über Kombilöhne und über das Entsendegesetz zu sprechen haben. Dort haben wir einen ersten Erfolg in der Koalitionsvereinbarung erzielt. Das Entsendegesetz wird auf den Bereich der Gebäudereinigung ausgedehnt. 750 000 Menschen haben in diesem Bereich dann einen Mindestlohn.

Über einen generellen Mindestlohn konnten wir uns nicht einigen. Dort zeichnet sich aber Bewegung ab. Hier muss eine Entscheidung fallen.

17, 18 andere europäische Länder haben solche Entscheidungen für Mindestlöhne getroffen, die im Übrigen auch sehr nützlich sind, falls uns die Wettbewerber in Europa doch noch mit der Dienstleistungsrichtlinie begegnen. Das ist ein enger Zusammenhang.

Ich möchte noch einmal daran erinnern: Mehrwertsteuererhöhung, Veränderungen beim Kündigungsschutz, Eingriffe in die Tarifautonomie, die Blockade der Bürgerversicherung, sind keine SPD-Forderungen gewesen. Das hat die Union in die Verhandlungen eingebracht. Das hat die CDU-/CSU im Wahlkampf gefordert. Dafür ist die Union von immer noch viel zu vielen Menschen gewählt worden. Solange sich die Menschen nicht abgewöhnen, CDU und CSU zu wählen, so lange müssen sie damit rechnen, dass solche Forderungen auch Wirklichkeit werden. Besser, sie wählen in Zukunft SPD, dann bleibt ihnen so etwas erspart. Das muss man jedem sagen.

Sozialdemokraten sind sich ihrer Verantwortung in einer Großen Koalition bewusst und werden diese auch wahrnehmen. Sozialdemokraten müssen aber auch dafür arbeiten, dass die SPD gestärkt aus dieser Koalition hervorgeht.

Mit solidarischen Grüßen
Ihre Christine Lambrecht